

WP 7 Wahlprogrammkapitel: Soziales, Gesundheit & Vielfalt

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 30.09.2026

Tagesordnungspunkt: 4. Beratung und Beschlussfassung des Wahlprogramms

Antragstext

1 Was wir sehen

2 Das Saarland lebt von den Menschen, die hier zusammenleben. Unterschiedliche
3 Lebenswege, Herkunft, Fähigkeiten und Perspektiven machen unser Land stärker.
4 Doch für viele wird gutes Leben schwieriger. Kinder- und Altersarmut steigen,
5 immer mehr Menschen sind auf soziale Unterstützung angewiesen, und wer in eine
6 Notlage gerät, fällt zu leicht durch ein soziales Netz, das gerade dort dünn
7 ist, wo es tragen müsste. Wohnungslosigkeit und drohender Wohnungsverlust
8 verschärfen soziale Notlagen zusätzlich. Frauen, Alleinerziehende und Menschen
9 mit Behinderungen tragen ein besonders hohes Armutsrisiko. Und noch immer
10 entscheiden Einkommen, soziale Herkunft, Geschlecht, Behinderung oder Alter zu
11 häufig darüber, welche Chancen Menschen haben und ob sie sich sicher und
12 anerkannt fühlen, besonders beim Zugang zu Bildung und Teilhabe.

13 Auch die gesundheitliche Versorgung ist längst nicht überall gesichert.
14 Hausarztpraxen finden keine Nachfolge, Wege zur nächsten Facharztpraxis werden
15 länger, und im ländlichen Raum fehlt es an wohnortnahen Angeboten. Pflegekräfte,
16 Ärzt:innen und Therapeut:innen arbeiten am Limit, Fachkräfte fehlen an allen
17 Ecken und pflegende Angehörige tragen eine Last, die zu oft unsichtbar bleibt.
18 Besonders groß sind die Versorgungslücken bei psychischen Erkrankungen sowie bei
19 niedrigschwelligen Präventions-, Beratungs- und Therapieangeboten. Auch eine
20 verlässliche Hospiz- und Palliativversorgung ist noch nicht überall erreichbar.
21 Eine älter werdende Gesellschaft ist darauf angewiesen, dass gute Versorgung und
22 Pflege erreichbar bleiben, unabhängig von Wohnort und Einkommen.

23 Gerade das Saarland als älter werdende Grenzregion braucht deshalb eine Politik,
24 die soziale Sicherheit und gute Gesundheitsversorgung ins Zentrum stellt,
25 gleiche Rechte sichert, Teilhabe ermöglicht und niemanden zurücklässt. Vielfalt
26 ist dabei kein Nebenschauplatz, sondern eine Stärke, auf die wir bauen.

27 Was wir wollen

28 Wir wollen ein Saarland, in dem gutes Leben nicht vom Geldbeutel abhängt. Wir
29 wollen ein soziales Netz, das trägt, und einen Sozialstaat, der Menschen in
30 schwierigen Lebenslagen unterstützt, statt sie zu verwalten. Kein Kind soll in
31 Armut aufwachsen und niemand soll im Alter in Not geraten. Soziale Sicherheit
32 heißt für uns, das soziokulturelle Existenzminimum zu sichern und allen Menschen
33 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, unabhängig von Einkommen
34 und Wohnort.

35 Gute Gesundheit ist Teil der Daseinsvorsorge. Wir wollen eine Versorgung, die zu
36 den Menschen kommt, und nicht umgekehrt, mit kurzen Wegen, starken
37 Gesundheitsberufen und einer Pflege, die ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe

38 Alter ermöglicht. Gesundheitsversorgung, Pflege und Sozialarbeit denken wir
 39 zusammen, damit niemand zwischen den Systemen verloren geht. Wir sorgen dafür,
 40 dass gute Versorgung weder vom Wohnort noch vom Einkommen abhängt. Prävention,
 41 psychische Gesundheit, sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung sowie eine
 42 würdevolle Begleitung am Lebensende gehören für uns selbstverständlich dazu.

43 Zugleich wollen wir ein Saarland, in dem alle Menschen frei, sicher und
 44 selbstbestimmt leben können. Vielfalt verstehen wir umfassend: Sie umfasst
 45 unterschiedliche Herkunft, Geschlechter, Religionen, Behinderungen,
 46 Altersgruppen, sexuelle Identitäten und Lebensrealitäten ebenso wie
 47 unterschiedliche soziale Hintergründe, Einkommen, Bildungsbiografien und
 48 Lebenswege. Soziale Herkunft und der bisherige Bildungsweg dürfen nicht darüber
 49 entscheiden, wer gesellschaftlich und politisch teilhaben, Verantwortung
 50 übernehmen und das Saarland mitgestalten kann. Freiheit bedeutet für uns nicht
 51 nur gleiche Rechte auf dem Papier, sondern gleiche Chancen im Alltag. Inklusion
 52 und gleichberechtigte Teilhabe sind für uns kein Sonderthema, sondern ein
 53 Grundprinzip politischen Handelns.

54 Teilhabe bedeutet für uns mehr als den Zugang zu Leistungen. Jeder Mensch soll
 55 erfahren, dass er dazugehört, gebraucht wird und sein Leben und unsere
 56 Gesellschaft mitgestalten kann.

57 Die damit verbundenen unterschiedlichen Erfahrungen und Perspektiven wollen wir
 58 sichtbar machen und gleichberechtigt einbeziehen.

59 Mit dem demografischen Wandel gewinnt dabei auch die Frage an Bedeutung, wie wir
 60 ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben in jedem Alter ermöglichen.

61 **Was wir tun**

62 **1. Wir bekämpfen Armut entschlossen.**

63 Armut grenzt aus und vererbt sich über Generationen. Frauen, Alleinerziehende,
 64 Menschen mit Behinderungen und Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind
 65 besonders häufig von Armut und prekärer Beschäftigung betroffen. Ihre
 66 Lebenslagen berücksichtigen wir gezielt in der Armutsbekämpfung. Über eine
 67 Bundesratsinitiative setzen wir uns für eine Kindergrundsicherung und eine
 68 weitgehend sanktionsfreie Grundsicherung ein, die das soziokulturelle
 69 Existenzminimum sichert und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

70 **2. Wir stärken Beratung und Unterstützung vor Ort.**

71 Sozial-, Schuldner- und Gemeinwesenberatung bauen wir wohnortnah aus, damit
 72 Menschen in Notlagen schnell und unbürokratisch Hilfe erhalten. In Stadtteilen,
 73 Quartieren und Dörfern schaffen wir niedrigschwellige und barrierefreie soziale
 74 Anlaufstellen. Die Kommunen unterstützen wir dabei, datenbasierte Strategien
 75 gegen Kinder-, Familien- und Altersarmut zu entwickeln und umzusetzen. Die
 76 Tafeln fördern wir verlässlich mit finanziellen Mitteln und Infrastruktur,
 77 verstehen sie aber als Ergänzung und nicht als Ersatz für eine wirksame soziale
 78 Sicherung. Auch die Kinder- und Jugendhilfe sichern und stärken wir als festen
 79 Bestandteil des sozialen Netzes.

80 3. Wir stärken Suchthilfe und Suchtprävention.

81 Suchtkranke Menschen und ihre Angehörigen brauchen Hilfe statt Stigmatisierung.
 82 Deshalb sichern wir niedrigschwellige, wohnortnahe und aufsuchende Beratungs-
 83 und Hilfsangebote. Suchtberatung, medizinische und psychotherapeutische
 84 Versorgung sowie soziale Unterstützung verzahnen wir besser miteinander.
 85 Präventionsangebote bauen wir insbesondere für Kinder und Jugendliche aus.

86 4. Wir verhindern Wohnungsverlust und stärken die
 87 Obdachlosenhilfe.

88 Wir bauen die Obdachlosenhilfe bedarfsgerecht aus und unterstützen Kältebusse,
 89 Wärmestuben sowie ausreichend geschützte Angebote für wohnungslose Frauen.
 90 Gleichzeitig stärken wir präventive Hilfen, damit Mietschulden und soziale
 91 Notlagen nicht zum Verlust der Wohnung führen.

92 5. Wir bekämpfen Wohnungslosigkeit mit Housing First.

93 Jeder Mensch braucht zuerst ein Zuhause, bevor andere Probleme dauerhaft gelöst
 94 werden können. Deshalb bauen wir Housing-First-Angebote flächendeckend aus.
 95 Wohnungslose Menschen sollen direkt in regulären Wohnraum vermittelt und dabei
 96 durch Sozialarbeit, Gesundheitsversorgung und individuelle Hilfen begleitet
 97 werden. Dieser Ansatz ist menschlicher, erfolgreicher und langfristig
 98 wirtschaftlicher als eine dauerhafte Unterbringung in Notunterkünften.

99 6. Wir schaffen Perspektiven für Langzeitarbeitslose.

100 Wer lange ohne Arbeit ist, braucht individuelle Wege zurück in Beschäftigung und
 101 keine Sanktionen. Wir setzen auf einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt nach
 102 dem „Passiv-Aktiv-Modell“ und führen Menschen darüber Schritt für Schritt wieder
 103 an reguläre Arbeit heran. Die Jobcenter sollen dabei durch Motivation und
 104 passgenaue Qualifizierung begleiten, statt durch Druck, mit gezielten Bildungs-
 105 und Förderangeboten, die individuellen Stärken erkennen und ausbauen.

106 7. Wir sorgen für gute, sichere und existenzsichernde
 107 Arbeit.

108 Arbeit muss ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und vor Armut schützen.
 109 Deshalb setzen wir uns für gleichen Lohn, für gleiche und gleichwertige Arbeit,
 110 eine stärkere Tarifbindung und weniger prekäre und sachgrundlos befristete
 111 Beschäftigung ein. Das Land übernimmt als Arbeitgeber Verantwortung und
 112 reduziert Befristungen im eigenen Bereich. Gewerkschaften, Betriebsräte und
 113 andere Interessenvertretungen der Beschäftigten stärken wir. Weiterbildung und
 114 berufliche Neuorientierung müssen allen Menschen offenstehen, unabhängig von
 115 Einkommen, Erwerbsstatus oder Bildungsabschluss. Deshalb verbessern wir
 116 Weiterbildungs- und Umschulungsangebote, entwickeln das saarländische
 117 Bildungsfreistellungsrecht weiter und stärken flexible, familienfreundliche
 118 Arbeitszeitmodelle mit einem verlässlichen Rückkehrrecht aus Teilzeit.
 119 Ausbildungsberufe werten wir auf und sorgen für eine frühzeitige, unabhängige
 120 und klischeefreie Berufsorientierung. Auch Solo-Selbstständige und kleine

121 Betriebe brauchen soziale Sicherheit und faire Rahmenbedingungen, damit
122 Selbstständigkeit nicht zum Armutsrisiko wird.

123 8. Wir ermöglichen gesellschaftliche Teilhabe für alle.

124 Teilhabe darf weder an Barrieren noch am Einkommen scheitern. Soziale und
125 finanzielle Sicherheit sind Voraussetzungen für Teilhabe. Wir brauchen eine
126 Politik, die Armut wirksam bekämpft und verhindert, dass Menschen trotz Arbeit,
127 familiärer Verantwortung oder Selbstständigkeit in existenzielle Not geraten.
128 Unterstützungsangebote müssen niedrigschwellig, verständlich und erreichbar
129 sein. Behörden sollen Menschen beraten und ihnen Wege aufzeigen, statt sie durch
130 komplizierte Verfahren oder hohe Zugangshürden von Leistungen und
131 gesellschaftlicher Teilhabe auszuschließen. Dazu gehören barrierefreie
132 Mobilität, ein einfacher Zugang zu Sozialtickets, kulturelle Angebote ohne
133 Hürden sowie eine digitale Verwaltung, die für alle Menschen zugänglich ist.
134 Deshalb unterstützen wir private Unternehmen, Gastronomie, Geschäfte sowie
135 öffentlich zugängliche Kultur-, Freizeit-, Sport- und Bildungs- und
136 Gesundheitseinrichtungen dabei, ihr Angebot barrierefrei zugänglich zu machen.
137 Menschen mit Behinderungen müssen auch im Arbeitsleben echte Teilhabe und faire
138 Bedingungen erfahren. Für Werkstattbeschäftigte setzen wir uns für bessere
139 Arbeitsbedingungen und eine angemessene Entlohnung ein.

140 9. Wir gestalten Integration erfolgreich.

141 Integration und gesellschaftliche Teilhabe beginnen für uns am ersten Tag und
142 finden vor allem vor Ort statt. Deshalb unterstützen wir die Kommunen
143 verlässlich bei der Aufnahme und Integration geflüchteter und neu zugewanderter
144 Menschen. Ihre Unterbringung gestalten wir menschenwürdig und möglichst
145 dezentral. Verbindliche Qualitätsstandards, Gewaltschutzkonzepte und unabhängige
146 Beratungsangebote sichern ihre Rechte. Besonders schutzbedürftige Menschen
147 müssen frühzeitig erkannt werden und Zugang zu psychosozialen und
148 gesundheitlichen Hilfen erhalten. Beratung, Sprachförderung und wichtige
149 Informationen machen wir niedrigschwellig, barrierefrei und mehrsprachig
150 zugänglich. Kommunale Integrationsbeauftragte, Integrationslots:innen, das
151 Ehrenamt und Migrant:innenselbstorganisationen stärken und vernetzen wir.
152 Ausländerbehörden entwickeln wir zu modernen Willkommensbehörden weiter, die
153 zügig, transparent und integrationsorientiert handeln. Menschen, die hier
154 arbeiten, eine Ausbildung absolvieren und Teil unserer Gesellschaft geworden
155 sind, brauchen eine verlässliche Bleibeperspektive. Zugleich stärken wir die
156 politische Beteiligung und Repräsentation von Menschen mit
157 Einwanderungsgeschichte, entwickeln die Integrationsbeiräte weiter und gestalten
158 Einbürgerungsverfahren transparent, zügig und unbürokratisch.

159 10. Wir sorgen für eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung
160 und stärken die Prävention.

161 Versorgung soll zu den Menschen kommen, nicht umgekehrt. Deshalb fördern wir
162 Medizinische Versorgungszentren insbesondere im ländlichen Raum, bauen kommunale
163 Gesundheitszentren aus und unterstützen mobile medizinische Teams. Kommunen
164 unterstützen wir dabei, Praxisräume bereitzustellen, Niederlassungen zu fördern

165 und gemeinsam mit den Gesundheitsberufen regionale Versorgungskonzepte zu
 166 entwickeln. Apotheken vor Ort sichern wir als unverzichtbaren Bestandteil der
 167 Daseinsvorsorge. Telemedizinische Angebote bauen wir dort aus, wo sie die
 168 persönliche Versorgung sinnvoll ergänzen und lange Wege vermeiden.
 169 Niedrigschwellige Anlaufstellen wie Gesundheitskioske sowie regionale
 170 Gesundheitskonferenzen sollen Beratung, Prävention und Versorgung vor Ort besser
 171 vernetzen. Geeignete Leistungen wollen wir stärker ambulant erbringen und
 172 Gesundheitsversorgung, Pflege und Sozialarbeit besser miteinander verzahnen.

173 11. Gesundheitsförderung und Prävention bauen wir in Kitas,
 174 Schulen, Betrieben und Quartieren aus.

175 Dabei nehmen wir Bewegung, Ernährung, Suchtprävention sowie geschlechts- und
 176 altersspezifische Gesundheitsrisiken stärker in den Blick. Unsere
 177 Suchtprävention orientiert sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen, stärkt die
 178 Gesundheitskompetenz und verbindet wirksamen Jugendschutz mit früher Beratung
 179 und Hilfe.

180 12. Wir verbessern die Versorgung bei psychischen
 181 Erkrankungen.

182 Psychische Gesundheit ist eine Voraussetzung für Lebensqualität und
 183 gesellschaftliche Teilhabe. Wir bauen niedrigschwellige Beratungs-, Präventions-
 184 und Therapieangebote aus, insbesondere für Kinder und Jugendliche sowie im
 185 ländlichen Raum. Ambulante psychiatrische und psychotherapeutische Angebote
 186 stärken wir und verzahnen sie besser mit stationären Hilfen. Lange Wartezeiten
 187 wollen wir verkürzen. Menschen mit psychischen Erkrankungen schützen wir vor
 188 Stigmatisierung und achten ihre Freiheitsrechte und ihre Selbstbestimmung.
 189 Beschäftigte in Schulen, Jugendhilfe, Verwaltung und Gesundheitswesen sollen
 190 durch Fortbildungen psychische Belastungen früher erkennen und Betroffene
 191 kompetent unterstützen können.

192 13. Wir stärken eine geschlechtersensible und
 193 diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung.

194 Viele Erkrankungen zeigen abhängig von Geschlecht und körperlichen
 195 Voraussetzungen unterschiedliche Symptome und Verläufe. Auch Arzneimittel können
 196 unterschiedlich wirken. Deshalb wollen wir Erkenntnisse der Gendermedizin
 197 stärker in Forschung, Diagnostik und Behandlung verankern. Gemeinsam mit der
 198 Ärztekammer des Saarlandes schaffen wir vom Land geförderte
 199 Weiterbildungsangebote zur Gendermedizin für niedergelassene und angestellte
 200 Ärzt:innen. Bei der Vergabe landeseigener Forschungsmittel berücksichtigen wir
 201 insbesondere Vorhaben, die geschlechtsspezifische Unterschiede in Physiologie
 202 sowie Wirkung, Neben- und Wechselwirkungen von Arzneimitteln systematisch
 203 untersuchen.

204 Trans-, intergeschlechtliche, nichtbinäre und agender Personen müssen sich
 205 ebenso wie Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen darauf verlassen können,
 206 im Gesundheitswesen respektvoll und diskriminierungsfrei behandelt zu werden.
 207 Gemeinsam mit Betroffenen, Fachverbänden und den Akteur:innen des
 208 Gesundheitswesens identifizieren wir strukturelle Benachteiligungen und

209 entwickeln Strategien, um diese abzubauen. Sensibilisierung und Qualifizierung
 210 im Umgang mit TINA*-Personen (Abkürzung für trans*, inter*, nicht-binär/abinär
 211 und agender Personen) bauen wir aus und verankern Wissen über ihre spezifischen
 212 gesundheitlichen Bedarfe stärker in der medizinischen Versorgung.

213 Für das Saarland entwickeln wir eine Endometriose-Strategie. Das Land
 214 unterstützt die Universitätsmedizin und regionale Kliniken beim Aufbau und bei
 215 der Zertifizierung eines spezialisierten Endometriosezentrums. Damit bündeln wir
 216 die interdisziplinäre Versorgung, verkürzen Diagnosewege und vermeiden lange
 217 Wege für Betroffene. Zugleich fördern wir universitäre und interdisziplinäre
 218 Forschungsprojekte zur Ursachenforschung und zur Verbesserung der
 219 Frühdiagnostik.

220 14. Wir stärken die Gesundheitsberufe.

221 Ein starkes Gesundheitssystem braucht starke Teams. Wir setzen uns für bessere
 222 Arbeitsbedingungen in Pflege und Therapie ein, fördern Aus- und Weiterbildung
 223 und schaffen attraktive Entwicklungsperspektiven. Neue Berufsprofile wie
 224 Community-Health-Nurses und Physician Assistants wollen wir gezielt ausbauen und
 225 ihre Kompetenzen sinnvoll in die Versorgung integrieren. Dabei stärken wir die
 226 eigenständigen Kompetenzen der Gesundheits- und Pflegeberufe und entlasten
 227 Ärzt:innen von Aufgaben, die qualifizierte Fachkräfte ebenso gut übernehmen
 228 können.

229 15. Wir gewinnen mehr Fachkräfte für das Gesundheitswesen.

230 Wir machen das Praktische Jahr im Saarland attraktiver, setzen uns für faire
 231 Ausbildungsbedingungen ein und verbessern die Vergütung. Gleichzeitig
 232 beschleunigen wir die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse durch digitale
 233 Verfahren, verbindliche Fristen und begleitende Qualifizierungsprogramme, ohne
 234 die Qualitätsstandards zu senken.

235 16. Wir gestalten Krankenhäuser und Pflege zukunftsfit.

236 Die Krankenhausplanung muss transparent, nachhaltig und verlässlich erfolgen.
 237 Qualität, Erreichbarkeit, ausreichendes Personal und Klimaschutz werden zu
 238 verbindlichen Kriterien. Die wohnortnahe Grund- und Notfallversorgung sichern
 239 wir; spezialisierte Leistungen bündeln wir dort, wo dies nachweislich die
 240 Behandlungsqualität verbessert. Gemeinwohlorientierte Trägerstrukturen wollen
 241 wir erhalten und eine weitere Privatisierung der Krankenhausversorgung
 242 verhindern. Patient:innensicherheit, ein transparenter Umgang mit
 243 Behandlungsfehlern und eine kontinuierliche Qualitätssicherung werden
 244 verbindliche Bestandteile der Krankenhausplanung. Krankenhäuser,
 245 Pflegeeinrichtungen und soziale Dienste unterstützen wir dabei, verbindliche
 246 Hitzeschutzkonzepte umzusetzen. Gleichzeitig stärken wir die kommunale
 247 Pflegekoordination, unterstützen pflegende Angehörige und bauen ambulante
 248 Pflegeangebote aus. Dazu gehören insbesondere mehr verlässliche Tages-, Nacht-
 249 und Kurzzeitpflegeplätze sowie niedrigschwellige Entlastungsangebote. Pflegende
 250 Angehörige erhalten leichteren Zugang zu Beratung, Schulungen und
 251 Verhinderungspflege. Mobile Pflegeteams, Gemeindepfleger:innen und Fahrdienste
 252 zu medizinischen Terminen sollen insbesondere im ländlichen Raum

253 Versorgungslücken schließen. Eine landesweite, digitale Übersicht soll die Suche
254 nach freien Pflege-, Tagespflege- und Kurzzeitpflegeplätzen erleichtern. Pflege,
255 Medizin und Sozialarbeit sollen künftig deutlich enger zusammenarbeiten, damit
256 Menschen auch im Alter gut versorgt in ihrem Zuhause leben können.

257 17. Wir stärken Gleichstellung und den Schutz vor
258 Diskriminierung.

259 Wir schaffen ein saarländisches Antidiskriminierungsgesetz mit einer
260 unabhängigen Beschwerde- und Ombudsstelle. Eine Gleichstellungsbeauftragte auf
261 Landesebene sowie Gender-Budgeting sorgen dafür, dass Gleichstellung bei
262 politischen Entscheidungen konsequent mitgedacht wird. Sexuelle und reproduktive
263 Selbstbestimmung darf nicht am Einkommen oder am Wohnort scheitern. Wir sichern
264 wohnortnahe Beratung, verbessern den Zugang zu Verhütungsmitteln und
265 Menstruationsprodukten für Menschen mit geringem Einkommen und stärken
266 geschlechtersensible Medizin in Forschung, Ausbildung und Versorgung.

267 18. Wir verwirklichen echte Inklusion.

268 Alle Menschen sollen von Anfang an gemeinsam leben, lernen und arbeiten können.
269 Grundlage unseres Handelns ist die UN-Behindertenrechtskonvention, die wir mit
270 einem verbindlichen Aktionsplan konsequent in die Praxis umsetzen und gemeinsam
271 mit den Behindertenverbänden weiterentwickeln. Inklusive Bildung stärken wir und
272 machen sie zum Regelfall, von der Frühförderung über die Kita bis zur Schule,
273 mit den nötigen personellen, pädagogischen und unterstützenden Voraussetzungen.
274 Auf dem Arbeitsmarkt schaffen wir echte Wahlfreiheit, indem wir Alternativen zur
275 Beschäftigung in Werkstätten und Integrationsbetrieben ausbauen. Kommunikative
276 und informationelle Barrieren bauen wir ab, etwa durch Gebärdensprache, Leichte
277 Sprache und barrierefreie digitale Angebote und sichern die Assistenz, die
278 Menschen mit Behinderungen für ein selbstbestimmtes Leben brauchen.
279 Eingliederungshilfen sichern wir dauerhaft, damit Menschen in allen
280 Lebensbereichen frei entscheiden können, wie sie leben, lernen, wohnen und
281 arbeiten.

282 19. Wir ermöglichen ein selbstbestimmtes Leben im Alter.

283 Gemeinsam mit Kommunen und Senior:innenvertretungen entwickeln wir eine
284 landesweite, datenbasierte Strategie für ein gutes Leben im Alter. Wir fördern
285 altersgerechte und inklusive Quartiere, gemeinschaftliche Wohnformen,
286 Nachbarschaftshilfen und Orte der Begegnung. Barrierefreie Mobilität, leicht
287 zugängliche Informationen und digitale Teilhabe sichern wir auch in
288 Pflegeeinrichtungen. Projekte gegen Einsamkeit und für den Austausch zwischen
289 den Generationen unterstützen wir dauerhaft.

290 20. Wir sichern eine würdevolle Begleitung am Lebensende.

291 Wir bauen die ambulante und stationäre Hospiz- und Palliativversorgung
292 bedarfsgerecht aus und sichern eine flächendeckende spezialisierte
293 Schmerztherapie sowie psychosoziale Begleitung. Menschen sollen möglichst selbst
294 entscheiden können, wo und wie sie ihre letzte Lebensphase verbringen. Dafür

295 stärken wir insbesondere ambulante Hospizdienste und die palliative Versorgung
296 im häuslichen Umfeld. Auch Angehörige erhalten verlässliche Beratung, Begleitung
297 und Entlastung.